

Greenpeace Energy eG • Postfach 111620 • 20416 Hamburg

Ministry of Agriculture
Department of Environmental Conservation
H-1055 Budapest
Kossuth tér 11
HUNGARY

Nils Müller

Sönke Tangermann

Vorstand

Telefon 040 / 808 110 – 620 / – 624

Fax 040 / 808 110 – 622

E-Mail nils.mueller@greenpeace-energy.de

soenke.tangermann@greenpeace-energy.de

22. Mai 2015

Stellungnahme von Greenpeace Energy im Rahmen des grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens (UVP) bezüglich der Errichtung von neuen Atomkraftwerksblöcken am Standort Paks (Paks NPP II) in Ungarn

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung am grenzüberschreitenden Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung zum Neubau Paks II ist Bürgern und Organisationen in Deutschland die Möglichkeit gegeben, Stellungnahmen in deutscher Sprache zum geplanten Projekt an das ungarische Landwirtschaftsministerium zu übermitteln.

Von dieser Möglichkeit wollen wir hiermit Gebrauch machen, möchten aber zugleich betonen, dass wir das Informations- und Beteiligungsverfahren für die deutsche Öffentlichkeit in diesem Fall für nicht ausreichend erachten, da die vorgegebene Frist von 30 Tagen für die Fülle der vorliegenden Informationen sehr kurz ist und die Möglichkeit zur Beteiligung zudem öffentlich kaum bekannt gemacht wurde. Wir sehen in der Beteiligungsfrist kein angemessenes Zeitfenster im Einklang mit den Espoo- und Aarhus-Konventionen und fordern die ungarische Regierung daher auf, die Frist für sachgerechte Stellungnahmen der deutschen Öffentlichkeit zu Paks II auszuweiten und dieser – wie der ungarischen Öffentlichkeit – die Möglichkeit zur Einwendung bis zur Anhörung zu gewähren sowie zeitnah, aktiv und umfassend über neue Fristen zu informieren.

Wir möchten im Folgenden dennoch bereits jetzt einige Punkte ins Feld führen, die aus unserer Sicht gegen eine Realisierung des geplanten Kraftwerkbaus Paks II sprechen:

Sicherheitsbedenken

Der Standort Paks befindet sich weniger als 500 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt. Deutschland befindet sich damit im Falle eines Atomunfalls im unmittelbaren Einzugsgebiet

...2

Greenpeace Energy eG
Hongkongstraße 10
20457 Hamburg

Telefon 040/808 110 – 330
Telefax 040/808 110 – 666
info@greenpeace-energy.de
www.greenpeace-energy.de

Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33HAN
Zahlungen für Stromverträge
IBAN: DE15251205100008457501
Zahlungen für Gasverträge
IBAN: DE04251205100008457505

Sitz: Hamburg
Amtsgericht Hamburg
GnR 1002, eingetr. 16.11.1999
Steuer-Nr. 46/726/01857
USt.-ID Nr. DE 206926103

Aufsichtsratsvorsitz:
Thomas Breuer
Vorstand:
Nils Müller
Sönke Tangermann

austretender radioaktiver Strahlung und hat deshalb ein großes Interesse an der Sicherheit des geplanten Atomkraftwerkes. Wir haben große Zweifel, dass der ungarische Staat oder die Betreibergesellschaft MVM Paks II auf einen solchen Katastrophenfall adäquat vorbereitet ist bzw. in der Lage ist, im Falle eines Atomunfalls Schadenersatz an Betroffene – insbesondere in den Nachbarstaaten – leisten zu können.

In den von der ungarischen Regierung veröffentlichten Unterlagen wird die Bedeutung der Sicherheit des geplanten Kraftwerkteils Paks II herausgehoben. Hier sind aus unserer Sicht jedoch deutliche Zweifel angebracht. So gab es für den geplanten russischen Reaktortyp AES 2006 – der nach unserem Wissen ohne eine Ausschreibung den Zuschlag zur Realisierung erhielt – kein faires und transparentes Auswahlverfahren durch den Projektwerber. Eine ähnlich gründliche Anforderungsliste an auszuwählende Reaktoren, wie sie seitens der tschechischen Atomaufsicht für den Tender zu Temelin 3 und 4 erstellt wurde, ist aus Ungarn, insbesondere von Seiten der ungarischen Atomaufsicht nicht bekannt. Hervorzuheben ist auch, dass entgegen den Aussagen im UVP-Scopingverfahren zwischenzeitlich von einem Auswahlverfahren Abstand genommen wurde und somit keine Diskussion von Reaktoroptionen vorgenommen wurde.

Die in der UVE vorgelegten Aussagen zum AES 2006 stützen sich vor allem auf russische Papiere der russischen Herstellerfirma. Die Ergebnisse unabhängiger, internationaler Prüfprozesse sind nicht öffentlich einsehbar. Zugleich beschloss das ungarische Parlament eine jahrzehntelange Geheimhaltungsfrist für die geschlossenen Verträge. Inwieweit diese Verträge daher der Atomaufsicht, insbesondere aber auch den ungarischen Parlamentariern, wie auch den ungarischen Kontrollbehörden zugänglich sein werden, ist nach derzeitigem Wissensstand in Zweifel zu ziehen. Solange dies nicht grundlegend geklärt bzw. abgeändert wird, ist ein westeuropäischen Maßstäben genügendes Genehmigungsverfahren als auch die Kontrolle durch die Öffentlichkeit sehr zu bezweifeln. Die beschlossene Geheimhaltungspflicht behindert auch die Kontrolle des Projektes durch die betroffene Öffentlichkeit. Es wurde keine Referenzanlage dieses Reaktortyps benannt, die Anhaltspunkte über die Zuverlässigkeit und sicherheitsrelevante Aspekte geben könnte.

All dies sind für uns kritische Punkte, die eine transparente Nachprüfbarkeit sicherheitsrelevanter Aspekte des Reaktorbaus nicht zulassen.

Für uns stellt sich zudem die Frage, ob die von der ungarischen Regierung beauftragte Firma MVM Paks II als Betreibergesellschaft die nötige Expertise und Erfahrung hat, um einen sicheren Betrieb des AKW zu garantieren. Da die MVM Paks II erst vor kurzem gegründet wurde, fehlen auch hier aus unserer Sicht die entsprechenden Referenzen, die das Unternehmen als qualifizierten AKW-Betreiber erscheinen lassen.

Wettbewerbsnachteile zu Lasten Erneuerbarer-Energien-Anbieter

Greenpeace Energy hat daneben auch Bedenken was die wirtschaftlichen Folgen einer Inbetriebnahme von Paks II angeht, insbesondere für die Erneuerbare-Energien-Branche in Europa und in Deutschland. Das ungarische Projekt ist – wie schon der britische AKW-Bau Hinkley Point C – nur über massive staatliche Beihilfen, Kredite und Garantien finanzierbar und wird somit zu einer Verzerrung des Wettbewerbs auf dem europäischen Strommarkt beitragen.

Wir gehen davon aus, dass eine Anlage wie Paks II mit einer geplanten Leistung von 2.400 Megawatt (MWel) Leistung zu Überkapazitäten auf dem ungarischen Strommarkt führen würde – und damit zu preisdämpfenden Effekten, die durch den grenzüberschreitenden Stromhandel auch auf benachbarte Staaten ausstrahlen dürften, so auch in Deutschland.

Ein Preisverfall an der Strombörse jedoch benachteiligt engagierte Ökostromanbieter in Deutschland, die beträchtliche Anteile ihres Strom zu fixen Preisen direkt bei Anlagenbetreibern einkaufen („Sonstige Direktvermarktung“ laut EEG) und somit – anders als „Graustrom-Anbieter – nicht von sinkenden Preisen an der Strombörse profitieren.

Ebenfalls benachteiligt werden die Betreiber von Erneuerbaren-Energien-Anlagen, die nicht mehr über das EEG gefördert werden, weil diese durch sinkende Marktpreise geringere Erlöse erzielen. Diese Effekte hat Greenpeace Energy im Verfahren um staatliche Beihilfen für das britische AKW Hinkley Point C bereits in einem wissenschaftlichen Gutachten nachweisen können (siehe Presseerklärungen vom 4.3.2015 im Anhang). Bei einer Inbetriebnahme von Paks II gehen wir von ähnlichen – wegen der höheren Übertragungskapazität und geografischen Nähe wahrscheinlich sogar größeren – Effekten für den deutschen Strommarkt aus. Aus unserer Sicht hat Ungarn die Zusammenhänge des Strombinnenmarktes bisher nur unzureichend in seine energiepolitischen Planungen mit einbezogen.

Die oben beschriebenen Preiseffekte lassen sich bereits unter Annahme der heutigen Netzinfrastruktur auf dem europäischen Strommarkt feststellen. Diese Auswirkungen verstärken sich deutlich, wenn die grenzüberschreitenden Stromleitungen (Grenzkuppelstellen) im Zuge einer stärkeren europäischen Marktkopplung (Energieunion) in den kommenden Jahrzehnten massiv ausgebaut werden. Das von der EU formulierte Ziel sieht vor, dass die Staaten langfristig etwa 10 Prozent ihrer Stromproduktion über die Grenzen transferieren können. Eine solche Kapazität liegt deutlich über den Rahmenbedingungen für den Stromaustausch, den wir in unserer Studie zugrunde gelegt haben.

Wie im Falle von Hinkley Point C ist auch Paks II ohne staatliche Förderung nicht wirtschaftlich zu realisieren und zu betreiben. Zudem ergeben sich aus den uns zugänglichen Unterlagen erhebliche Zweifel an der Art der Finanzierung. Es bleibt unserer Meinung nach unklar, wie die ungarische Betreibergesellschaft MVM Paks II einen geplanten Kredit in Höhe von umgerech-

net rund 10 Milliarden Euro (exklusive des Eigenanteils Ungarns an den Baukosten) für die Baukosten des AKW an den russischen Staat als Kreditgeber zurückzuzahlen gedenkt, zumal die Rückzahlung des Kredits bereits vor Inbetriebnahme der geplanten Reaktoren zu leisten sein wird.

Weitere ökologische Risiken

Aus ökologischer Sicht ist noch ein weiterer Punkt ins Feld zu führen: So dürfte die zusätzliche Inbetriebnahme zwei weiterer Atomkraftwerkblöcke mit zusammen 2.400 MW durch die Kühlwasserabgabe in die Donau die durchschnittliche Wassertemperatur des Flusses noch einmal deutlich erhöhen. Nach unseren Informationen gibt es zu den Folgen einer Aufheizung der Donau durch Paks II noch keine hinreichenden Untersuchungen. Wir gehen aber von negativen Effekten für die Fischbestände des Flusses aus, da sich das Wasser durch die Wiedereinleitung gebrauchten Kühlwassers zeitweise über 30 Grad Celsius aufheizen dürfte.

Da die Donau ein bedeutendes internationales Gewässer ist und auch in Ungarn die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie gelten, ist dies als ein Problem anzusehen, für welches der Betreiber als auch die Genehmigungsbehörden das geltende europäische Recht streng zu beachten bzw. anzuwenden haben.

Grundsätzliche Bedenken / Fazit

Erlauben Sie uns abschließend noch einige Worte zu uns und unserer grundsätzlichen Haltung zur Atomkraft:

Die Energie-Genossenschaft Greenpeace Energy wurde 1999 von Greenpeace Deutschland gegründet und arbeitet bis heute nach den ökologischen Vorgaben der Umweltschutzorganisation. Greenpeace Energy versorgt rund 110.000 Kunden mit Ökostrom und mehr als 9.000 Kunden mit dem Gasprodukt *proWindgas*. Die 100-prozentige Tochter Planet energy hat neun Windparks und drei Photovoltaikanlagen errichtet und ist an zwei Windparks beteiligt, die Gesamtleistung aller Kraftwerke liegt bei 65 Megawatt. Als Genossenschaft ist Greenpeace Energy in alleinigem Besitz seiner 23.000 Genossenschaftsmitglieder und arbeitet aus Prinzip nicht profitmaximierend.

Als wirtschaftlich und rechtlich unabhängiges sowie auf eine ökologische Energieversorgung ausgerichtete Unternehmen bekennen wir uns klar gegen die Nutzung der Atomenergie und halten weitere AKW-Projekte in Europa grundsätzlich für einen abzulehnenden Pfad der künftigen Energieversorgung. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 zeigte, dass diese Technologie im Ernstfall nicht beherrschbar ist und fatale Folgen für Mensch und Umwelt nach sich zieht.

Zudem ist weltweit das Problem der Endlagerung von Atommüll nicht gelöst, verursacht aber enorme externe Kosten für die Gesellschaft, die sich üblicherweise in Kostenrechnungen geplanter AKW-Projekte nicht widerspiegeln. Allein Paks II dürfte über seine gesamte geplante Laufzeit radioaktive Brennstoffabfälle von mehreren tausend Tonnen produzieren, deren sichere Entsorgung nicht oder nur unter erheblichen Aufwendungen und Risiken gegeben ist. Ungarn hat zwar seit Jahrzehnten Reaktoren in Betrieb, ist jedoch nicht in der Lage einen Weg darzustellen, der zu einer sicheren Endlagerung führen wird. Ein Entsorgungsprogramm gemäß RL 2011/70 Euratom ist aus Ungarn nicht bekannt und wurde auch bislang noch nicht der laut Richtlinie erforderlichen Strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen.

Aktuelle Reaktorvorhaben wie Paks II zeigen, dass die Atomkraft auch mehr als 50 Jahre nach ihrer Etablierung noch immer nicht wirtschaftlich ist und neue Projekte nur durch massive staatliche Förderungen möglich werden, die den Wettbewerb zulasten anderer Energieträger verzerren.

Wir meinen, dass Ungarn insbesondere den Ausbau erneuerbarer Energieträger in der Vergangenheit vernachlässigt hat und in Zukunft deutlich stärker forcieren kann. Durch einen Ausbau der Wind- und Photovoltaik im Land sowie begleitender Initiativen für mehr Energieeffizienz würde sich eine Alternative zu neuen Atomkraftwerken eröffnen, die zugleich mit deutlich weniger Kosten und Risiken verbunden ist.

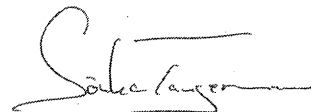
In formaler Hinsicht fordern wir die Durchführung einer öffentlichen Anhörung in Deutschland. Zudem begehren wir über den weiteren Verlauf der Bewilligungsverfahren in deutscher Sprache in Kenntnis gesetzt zu werden. Als von den Depositionen eines Unfalls in Paks II potentiell betroffenen Unternehmens fordern wir zudem Parteistellung im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Greenpeace Energy eG

A handwritten signature in black ink, appearing to read "N. Müller".

Nils Müller

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Sönke Tangermann".

Sönke Tangermann

Anlage

Pressemitteilung und Hintergrundinfos vom 4. März 2015